

12. November 2019

Jugend erinnert: Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nie abgeschlossen

Gedenkort und Gedenkstätten sollen ertüchtigt und die pädagogischen Konzepte aktualisiert werden

Berlin, den 12.11.2019. Die Initiative kulturelle Integration, in der 28 Verbände und Organisationen, Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände zusammenarbeiten, begrüßt die für Donnerstag, den 14.11.2019 geplante Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages zu dem Programm „Jugend erinnert“.

Mit dem Bundesprogramm „Jugend erinnert“ sollen insbesondere Gedenkstätten und Initiativen gestärkt werden, die an die NS-Diktatur erinnern. Sie sollen in die Lage versetzt werden, zeitgemäße pädagogische Konzepte zu entwickeln und insbesondere digitale Vermittlungsformate stärker einzusetzen. Besonders wichtig an dem Programm ist die Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren. Das Programm ist mehrjährig angelegt und soll nachhaltig wirken.

Gleichfalls gefördert werden Gedenkort und Initiativen, die sich mit dem Unrecht in der DDR auseinandersetzen. Besonders begrüßenswert ist, dass mit dem Programm Bezüge zu aktuellen Minderheitenrechten sowie zum Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hergestellt werden sollen. Dieser Akzent macht deutlich, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht abgeschlossen ist.

Die Initiative kulturelle Integration hat sich in ihrer These 13 „Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nie abgeschlossen“ speziell der Erinnerungskultur gewidmet.

Der Sprecher der Initiative kulturelle Integration und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: „Es ist erfreulich, dass Gedenkort und Gedenkstätten mit dem Programm „Jugend erinnert“ ertüchtigt und die pädagogischen Konzepte aktualisiert werden sollen. Besonders wichtig ist eine stärkere Zusammenarbeit der Gedenkstätten mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. In Deutschland hat sich eine Erinnerungskultur ausgebildet, die Teil der aktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte ist. Aber um dauerhaft erfolgreich arbeiten und die kommenden Generationen erreichen zu können, muss die pädagogische Arbeit neue Ansätze und Methoden ausbilden, hierbei soll das Programm „Jugend erinnert“ unterstützen. Das begrüßen wir sehr!“

Debatte im Deutschen Bundestages (14.11.2019): Beratung der Beschlussempfehlung und

12. November 2019

des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum Bundesprogramm „Jugend erinnert“ – Wissensvermittlung über Wirkung und Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft stärken (Drucksachen [19/8942](#), [19/14501](#)).

Nähere Informationen zur Initiative kulturelle Integration finden Sie [hier](#).

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat